

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/42

Bonn, den 2. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	Eine gute Wahl Bund der Vertriebenen unter neuer Führung	57
2 - 3	Der disziplinierte Aufruhr Nach dem Hinterbliebenen-Kongreß der SPD in Heilbronn Von Carl L. Guggemos	58
3 - 4	Den Reden werden die Taten folgen Pforzheimer Verkehrs- und Gesundheitskongreß Initialzündung für die Arbeit der SPD in Bund, Ländern und Gemeinden Von Herbert Bernreitinger	65
5 - 6	Es gab keine Massenausritte Falsche CDU-Behauptung durch Tatsachen widerlegt Von Fritz Zschiesche	82

Chefredakteur Günter Markschaffel

Eine gute Wahl

Bund der Vertriebenen unter neuer Führung

sp - Seit Sonntag steht an der Spitze des Bundes der Vertriebenenverbände ein Mann, dessen kämpferische Vergangenheit nicht den geringsten braunen Flecken aufweist, der in seiner Sudetenheimat, später auf dem schwierigen Boden der Emigration und nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik durch sein politisches Wirken bewiesen hat, daß man ein Demokrat, ein Patriot und ein guter Europäer sein kann.

Dr. h.c. Wenzel Jaksch kommt aus Deutschböhmen, dem Musterland der österreichischen Sozialdemokratie, und sein Lebensweg ist von jung an gezeichnet vom wechselvollen Auf und Ab mitteleuropäischer Geschichte, die von ihm geführte sudetendeutsche Sozialdemokratie bekämpfte den Nationalsozialismus aus sittlicher Überzeugung heraus: wegen seiner Mißachtung der Menschenrechte, wegen seiner Judenverfolgungen, wegen der Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Er und seine politischen Freunde schätzten in jenen schweren und dunklen Jahren die Menschenrechte höher als daß sie das "Selbstbestimmungsrecht" aus den bluttriefenden Händen eines Tyrannen entgegennehmen wollten, weil aus dem Bündnis mit den Bösen niemals Gutes erwachsen kann. Damals, 1938, war leicht vorauszu-sehen, daß Hitler das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker mit Füßen treten würde, wenn es seine Eroberungsziele erforderten. Dies ist die wahre Prüfung für die Bestandskraft eines Volkes, ob es genügend Instinkt und innere Redlichkeit besitzt, das ankarschierende Unheil auch in seiner gleißnerischen Verblendung zu erkennen.

Im Ringen um eine friedliche Lösung der Nationalitätenprobleme in der Tschechoslowakei lag auch die Chance, dem tschechischen und slowakischen Volke ihr heutiges Schicksal zu ersparen. Sie wurde ver-tan.

Dieser Hintergrund seines politischen Weges gibt Wenzel Jaksch die moralische Legitimation, die Sache der Vertriebenen und Flüchtlinge nach innen und außen zu vertreten. Männern wie ihm und seinen

Stellvertreter Reinhold Rehs und vielen anderen Persönlichkeiten verdankt die wiedererstandene deutsche Demokratie das Wunder der Eingliederung von 12 Millionen vertriebener Menschen in das Gesellschaftsgefüge der Bundesrepublik. Andere Länder sind daran fast zerbrochen. Griechenland etwa, das mit seinem Flüchtlingsproblem 40 Jahre nach der Vertreibung der Griechen aus Kleinasien nicht fertig werden kann. Stalin und die Initiatoren der Austreibung hofften, es werde aus der Bundesrepublik ein ewiger Unruheherd entstehen, in dem die kommunistische Saat aufgeht. Diese Spekulation ging nicht in Erfüllung. Die Vertreiber unterschätzten den Lebens- und Behauptungswillen der vertriebenen Ostpreussen, Schlesiern, Pomern, Sudetendeutschen und all der anderen, die Haß und Verblendung zum Verlassen vielhundertjährigen Heimatbodens zwangen.

Wird das kommunistische Gerede von den revanchelustigen und nur von Haß und Rache geleiteten Vertriebenen und Flüchtlingen - ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik - nun aufhören? Die Kommunisten wissen schon, weshalb sie einen Mann wie Wenzel Jaksch zur Zielscheibe ihrer Angriffe wählen, aber auch jener Kreis von Unbelehrbaren, um die frühere Deutsche Soldatenzeitung, die Jakschs Wirken vor, während und nach der Hitlerzeit aus der Perspektive eines überlebten und krenkhaften Nationalismus beurteilen. Das gegen Demokraten und Patrioten gerichtete Büchlein zwischen den Extremen von rechts und links gehört ja nicht zu den Seltenheiten deutscher Geschichte.

Das Amt eines Präsidenten des Bundes der Vertriebenen steht im kritischen Blickfeld der deutschen und Weltöffentlichkeit, es ist am meisten mit ehrenamtlichen Aufgaben belastet und wird mit mehr oder weniger guten Ratschlägen bedacht. Wenn Jaksch und Rehs bei ihrer Wahl die größte Stimmenanzahl erhielten, so drückt sich darin die Anerkennung für die Tätigkeit beider Männer aus. Die neugewählte Führung des Bundes der Vertriebenen hat Anspruch darauf, Gehör zu finden und sie gibt die Gewähr, daß deutsche Politik bei der zu erstrebenden Friedensvertragsregelung auch mit den Völkern des Ostens nicht auf dem Rücken und zu Lasten eines Fünftels unseres Volkes erfolgen wird.

Der disziplinierte Aufruhr

Nach dem Hinterbliebenen-Kongreß der SPD in Heilbronn

Von Carl L. Guggomos

Die nicht zuletzt durch das Drängen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion erzwungene entscheidende Verbesserung des vor wenigen Wochen vom Parlament verabschiedeten Neuordnungsgesetz der Kriegsopferversorgung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter den Kriegsopfern die Unruhe immer noch groß ist. Das zeigte der von der SPD im württembergischen Heilbronn durchgeführte Hinterbliebenen-Kongreß. Die Bundesregierung und die sie repräsentierenden Parteien haben Wind gesät und Sturm geerntet. Freilich: der Aufruhr ist diszipliniert. Die Kriegsopfer tragen ihre Forderungen sachlich und verantwortungsbewußt vor. Aber die ungenuten Worte vom "Interessenverband" und von einer Regierung, die sich "dem Druck der Straße nicht beugt", sind nicht mehr vom Tisch zu wischen. Die Kriegsopfer sind gekränkt, sie fühlen sich verletzt.

Der Heilbronner Kongreß stand nicht nur unter dem Motto "Das Recht der Kriegsopfer". Es wurde auch deutlich, daß es den Kriegsopfern um die Durchsetzung ihres Rechtsanspruches weit mehr geht, als nur um die eine oder andere DM-Aufbesserung bei Grund- und Ausgleichsrenten oder bei den Beihilfen. Die Kriegsopfer wehren sich mit Recht, auf der Sektor der Fürsorge abgeschoben zu werden. Eine junge Kriegswaise formulierte auf den Kongreß, was die Stimmung ist: "Der Staat, so sagte die Hamburgerin Pölster, "hat keine Hemmungen gehabt, den Vater einzuziehen, aber er zeigte anschließend sehr wohl Hemmungen, den gefallenen Vater zu ersetzen und seine Aufgaben zu übernehmen." Und der stellvertretende SPD-Vorsitzende faßte die Problematik der Witwen, Waisen und Eltern von Gefallenen, um die es in Heilbronn speziell ging, in einen Satz zusammen: "Es kann nicht in Prozenten abgetan werden, wenn Menschen verloren gingen; unser Volk wird einmal daran gemessen werden was es für die Opfer jenes Teiles des Volkes getan hat, für die Sie hier stellvertretend sitzen. Es geht nicht an, daß Sie noch zusätzliche Nachteile als Folge Ihres Opfers hinnehmen müssen."

Man kann inzwischen überblicken, daß einiges, was nicht getan wurde, auch nachträglich nicht mehr getan werden kann. Es ist heute weitgehend vergessen worden, daß erst im Jahre 1950, fünf Jahre nach dem Ende des Krieges, eine einigermaßen geregelte Versorgung der Kriegsopfer einsetzte. Bis zu diesem Zeitpunkt aber mußten schon Millionen von Müttern Millionen von Kindern aufziehen, ohne daß der Staat, in dessen Diensten der Ernährer stand, der nicht mehr heimkam, ihnen dabei half. Über dem offensichtlichen Teil der Blinden und Amputierten, der Verküppelten und Kranken wurde auch von der breiten Öffentlichkeit das nicht so sehr sichtbare Unglück jener vergessen, die "nur allein" blieben, wenn auch gesund an Leib und Leben.

Millionen von Frauen, die keinen Mann mehr hatten, aber Kinder großzuziehen, gingen mit ungleichen Startbedingungen an die Klötze, die nach der Währungsreform in die Bahnen gehämmert wurden, auf denen der Run zum Wohlstand ausgetragen wurde.

Millionen von Waisen konnten, weil sie keinen Vater hatten, der ihre Berufsausbildung erarbeiten konnte, nicht jenen Beruf erlernen, den sie sich erträumt hatten.

Und wer spricht von den Alten, denen kein Sohn den Lebensabend etwas angenehmer gestalten kann, als es mit der kärglichen Invaliden-

oder Angestelltenrente möglich ist oder von dem lächerlich geringen Elternsold, den der Staat als Elternrente, und auch das nur bei "nachgewiesener Bedürftigkeit" auszahlt.

Sünden der Vergangenheit können nicht wieder gutgemacht werden. Aber hier und heute ist noch genug Leid zu lindern. Der Kongreß von Heilbronn hat sowohl von der Seite der Betroffenen als auch von der Seite jener Partei her, die in ihrer Tradition immer den sozial schwachen Schichten tief verbunden war, gezeigt, daß sich weder Regierung noch Parlament auf den Lorbeeren ausruhen können, die sie - vielleicht nur im Unterbewußtsein - für endgültig geflochten hielten.

+ + +

Den Reden werden die Taten folgen

Pforzheimer Verkehrs- und Gesundheitskongreß

Initialzündung für die Arbeit der SPD in Bund, Ländern und Gemeinden

Von Herbert Bermeitinger

Die Bundesministerin für Gesundheitswesen, Frau Schwarzhaupt, wird schon sehr bald wieder Gelegenheit haben, sich über die parlamentarische Initiative der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag zu beklagen. Aber auch andere Kabinettsmitglieder, vor allem der Verkehrs- und der Finanzminister, werden sich mit konkreten Vorstellungen und Vorschlägen der deutschen Sozialdemokratie zur Bewältigung der großen Gemeinschaftsaufgaben im Bereich des Gesundheits- und Verkehrswesens auseinandersetzen müssen. Und die Koalitionsfraktionen, namentlich die CDU/CSU, werden zu überlegen haben, wie sie Anschluß an die Sozialdemokraten finden, die im Gespräch mit der Wissenschaft in Heute schon das Morgen erfassen.

Das ist das positive politische Resultat des sozialdemokratischen Kongresses "Gesundheit um jeden Preis - Mensch und Verkehr", der in der baden-württembergischen Gold- und Schmuckwaremetropole Pforzheim, der Wahlheimat des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Fritz Ehler, stattgefunden hat. Fast drei Tage lang führten sozialdemokratische Parlamentarier ein großes, in die Zukunft weisendes Gespräch, das dem Phänomen des 20. Jahrhunderts, der Motorisierung, gegolten hat. Aber gleichzeitig - das war wohl das Entscheidende - wurden auch die wichtigsten Begleiterscheinungen des Phänomens Motorisierung behandelt, die im Bereich der Gesundheitspolitik liegen: Lärmentwicklung und die drohende Zunahme der Luftverunreinigung.

Zusammenwirken aller gutwilligen Kräfte

Einmal mehr hat es die deutsche Sozialdemokratie verstanden, parteipolitische Grenzen in der Erkenntnis zu sprengen, daß die Bewältigung der großen Gemeinschaftsaufgaben ein Zusammenwirken aller gutwilligen Kräfte erfordert. In Pforzheim konnten international anerkannte

Experten aus drei Ländern den Schatz ihrer theoretischen und praktischen Erfahrungen vortragen. Im Plenum und in den Arbeitsgruppen des Kongresses folgten aber nicht nur Sozialdemokraten aufmerksam den Referaten und Diskussionsbeiträgen. Da saßen Gewerkschaftsvertreter neben Repräsentanten der deutschen Verkehrswirtschaft und der Automobilindustrie, da war der oberste Sanitätsarzt der Bundeswehr neben führenden Vertretern der Ärzteschaft und der Universitäten, Oberstadtdirektoren und Stadträte, Ministerialbeamte und Angehörige von Verbänden, denen die Probleme der deutschen Gesundheits- und Verkehrspolitik "auf den Nägeln brennen". Niemand interessierte sich für die parteipolitische Überzeugung von Referenten und Diskussteilnehmern, aber alle warteten auf konkrete Vorschläge zur Bewältigung jener Aufgaben, die die gegenwärtige Regierung allzu lange vor sich hergeschoben hat.

Im Bündnis mit der Wissenschaft

Erich Ollenauer, der verstorbene Vorsitzende der SPD, hat beim Kongreß "Deutsche Gemeinschaftsaufgaben" Ende 1962 in Berlin in aller Öffentlichkeit die Bereitschaft der sozialdemokratischen Politiker und Parlamentarier erklärt, vor bedeutsamen Entscheidungen die Wissenschaft zu hören, ihre Erkenntnisse bei der parlamentarischen Arbeit mit einzubeziehen. So war es auch in Pforzheim. Es fehlte nicht an recht bemerkenswerten Vorschlägen, die der Sozialdemokraten aus Bund, Ländern und kommunalen Körperschaften mit auf den Weg gegeben wurden. Die positiven Auswirkungen des engen Kontaktes zwischen einer politischen Partei und der Wissenschaft werden sich sehr bald schon zeigen.

Es ist hier nicht der Platz, auf all das einzugehen, was Sozialdemokraten, Wissenschaftler und Praktiker des Gesundheits- und Verkehrswesens während der drei Pforzheimer Tage erarbeitet haben. Es genügt, anzudeuten, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in Pforzheim sich im Hinblick auf ihre schon mehrfach gestellten Forderungen zur Forcierung des Straßenbaues voll bestätigt sehen konnte. Und bestätigt sah sich einmal mehr auch Willy Brandt, der den Kampf gegen die Verunreinigung der Luft schon vor drei Jahren in den Mittelpunkt seines Regierungsprogrammes stellte - und dafür bei der CDU/CSU nur Hohn und Spott erntete.

Neue Impulse

Aber es hat auch eine Fülle von neuen Vorschlägen gegeben, es gab Impulse, die nicht nur den Tag und das Jahr, sondern die künftige Arbeit der deutschen Sozialdemokratie auf lange Sicht befruchten werden. Vorschläge auch, die die untätige Bonner Regierung über eine lange Zeit hinweg in eine unheilvolle Unruhe versetzen werden. Denn der Pforzheimer Reden werden die Taten folgen. Auch darin waren sich Politiker und Wissenschaftler einig.

Es gab keine Massenausritte

Falsche CDU-Behauptung durch Tatsachen widerlegt

Von Fritz Zschiesche

Mit im Boulevardstil abgefaßten Schlagzeilen versehene Artikel kursieren seit einigen Wochen in Zeitungen und Zeitschriften, die der CDU/CSU nahe stehen oder von ihr finanziert werden. Interessant war es für den Beobachter dieser Pressekampagne, in die sich auch "UNION in Deutschland, Informationsdienst der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union", Nr. 6 vom 6.2.1964 einschaltete, daß sich jeder nachfolgende Artikelschreiber durch ausgiebige Zitierung früher erschienener Berichte den Anschein der Glaubwürdigkeit zu geben suchte.

Worum geht es bei dieser Artikelserie? Mit wenigen Worten: Um die Kolportierung einer Lüge. Es ist nämlich nichts an Wahrheitsgehalt an dem angeblichen Fall empörender Intoleranz von Augsburger Sozialdemokraten. Alles frei und dazu noch schlecht erfunden. Denn daß sich diese Schauermär leicht widerlegen lassen würde, mußte deren geistigen Vätern eigentlich von vornherein klar sein. Was ist der Sachverhalt?

Bei der Haindl'schen Papierfabrik in Augsburg gibt es einen Betriebsratsvorsitzenden Peter Rindle, der sich im Laufe des vergangenen Jahres mit seiner Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik überwarf, dort aus- und zur CGD (Christliche Gewerkschaften Deutschlands) übertrat. Seinem Beispiel folgten etwa 300 Belegschaftsmitglieder. Ein sicherlich beachtlicher Vorgang.

Aber den Leuten um Peter Reichel genügte diese örtlich begrenzte Aufwertung der CGD nicht. In der Januarausgabe der von ihm herausgegebenen "Gesellschaftspolitischen Kommentare" wurde diese Angelegenheit zu einem regelrechten Knüller verarbeitet. Warum sollte man neben den von Reichel so verabscheuten "sozialistischen Einheitsgewerkschaften" nicht auch noch der SPD gehörig eins auswischen? Und so erfand man die das Herz zerreißende Story von den 37 Sozialdemokraten unter den zur CGD übergetretenen Haindl-Leuten, die der Augsburger SPD-Vorstand aufgefordert habe, sich zwischen SPD und CGD zu entscheiden. Und damit dieses alles glaubwürdiger klinge, erfand man gleich noch einen Unvereinbarkeitsbeschluß von gleichzeitiger Mitgliedschaft in SPD und CGD hinzu. 35 von diesen 37 erfundenen Sozialdemokraten hätten sich sofort durch ihren Austritt von dieser abscheulich "praktizierten SPD-Demokratie" abgewandt, aber zwei wollten es nicht glauben. Diese habe die Augsburger SPD dann sofort ausgeschlossen und der SPD-Vorstand in Bonn habe ihre Beschwerde abgewiesen.

Wen wandert es, daß die erst kürzlich wegen ihrer in Bundestagswahlkampf 1961 veröffentlichten Hetzartikel gegen Willy Brandt belangte "Neue Bildpost" in ihrer Ausgabe vom 12. Januar 1964 dieses "alarmierende Vorkommnis" begierig aufgriff und prophezeite: "Wenn SPD und DGB auf dem Augsburger Weg weitergehen, so führen sie uns geradenwegs in eine Art neuer "Arbeitsfront" hinein"?

Wie wir aus Augsburg erfahren, hat es diesen "Massenaus-
tritt" aus der dortigen Parteiorganisation überhaupt nicht gege-
ben. Lediglich zwei Beschäftigte der Firma Haindl sind im vori-
gen Jahr aus der SPD ausgeschieden. Einer erklärte bereits im
April 1963 seinen Austritt, zu einem Zeitpunkt also, da es den
"Fall Rindlo" überhaupt noch nicht gab und beim zweiten, der im
September 1963 austrat, konnte ebenfalls kein direkter Zusammen-
hang mit der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung in der Firma
Haindl festgestellt werden. Die übrigen 35 ausgetretenen Sozial-
demokraten gehen auf das Erfinderkonto der Schreiberlinge der
"Gesellschaftspolitischen Kommentare" und der "Neuen Bildpost".
Das sind die Tatsachen.

Wie lebensnotwendig solche Tatarennachrichten jedoch an-
scheinend für den Bestand der CGD sind, beweisen einmal die in
diesem Zusammenhang gestarteten Werbekampagnen der CGD wie bei-
spielsweise an der Saar, wo sich die Hauptgeschäftsstelle der
Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (CGDE) am 15.
Januar 1964 in einem Aufruf mit der Überschrift "An ihren Wer-
ken sollt Ihr sie erkennen" an alle "christlichen" Arbeitnehmer
wandte und die Mitglieder der CDU/CSU und insbesondere deren
Abgeordnete aufforderte, aus diesen "Augsburger Geschehnissen"
Konsequenzen hinsichtlich ihrer gewerkschaftlichen Zugehörig-
keit zu ziehen.

Zum anderen berichtete die "Bonner Rundschau" in ihrer Aus-
gabe vom 22. Februar 1964 unter der Überschrift "Traurige Bilanz
der CGD: Hoffnung nicht erfüllt" ausführlich vom Fiasko dieser
1955 gegründeten Spalterorganisation, von deren leeren Kassen
und schleichendem Mitgliederschwind und stellte die Frage, ob es
nicht an der Zeit sei, daß "ernsthaft darüber verhandelt werde,
wie das Unternehmen mit Anstand zu liquidieren sei."

Diese für die Christlichen Gewerkschaften düsteren Perspek-
tiven wird man weder mit unwahren Behauptungen über angebliche
undemokratische "SPD-Praktiken" noch mit frei erfundenen "Mas-
senaustritten" aus dieser Partei, die allein 1963 40 624 neue
Mitglieder gewinnen konnte, aufzuhellen vermögen.

Lügen hatten immer schon kurze Beine und faustdicke Lügen
schlagen auf ihre Erfinder zurück.